



näher eingehenden; Finanzfragen „legen“ ihm nicht; auch hält er sich wohl abfälliger zurück, um sich bei der Umgestaltung der Vorlagen, die ja doch kommen muß, nicht vorzeitig die Hände zu binden. Deshalb begünstigte sich der Reichsfanzler mit dem Hinweis auf die leitenden Grundzüge, nach denen die Steuervorlagen entworfen seien, und zwar in der Richtung, daß der notwendige Lebensbedarf seine weitere Befragung erfahren soll, daß neben den Verbrauchsabgaben auch der Besitz durch die Nachschäfer befestigt werden soll und daß auch die Matrifikalbeiträge stärker herangezogen werden sollen. Inwiefern die Finanzreform diesen Grundgedanken gerecht wird, und ebenso über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Steuervorlagen, wird man freilich auch dann noch sehr verschiedener Meinung sein können, wenn man den Grundgedanken für gesund hält. Fürst Bülow legte den Nachdruck besonders darauf, daß heute die Steuerlast im Deutschen Reich noch lange nicht so hoch ist, wie in anderen Ländern. Er wies auch auf den engen Zusammenhang zwischen unserer Finanzkraft und unserer Wehrkraft hin. Im Auslande stellt man es sich vielfach so vor, als ob das Deutsche Reich bereits am Ende seiner Mittel angekommen sei, und als ob wir bei den übrigen Staaten betteln müßten. Daß eine solche Einschätzung uns erheblich in unserm Ansehen schädigt, das läßt sich nicht bestreiten. Auch der Hinweis des Reichsfanzlers auf die Ueberflüssigkeit des Luxus und des materiellen Genusses wurde viel beachtet; seine Mahnung zur größeren Sparsamkeit und Einfachheit gewann noch durch den pointierten Zusatz: „Ich nehme niemanden aus.“ Im ganzen wurde die Rede des Reichsfanzlers sehr aufmerksam angehört und mehrfach von Beifall unterbrochen, in den sich allerdings am Schluß auch Zischen von der sozialdemokratischen Fraktion mischte. Aber die Aufmerksamkeit wäre vielleicht weniger stark gewesen, wenn man nicht darauf gewartet hätte, daß sich Fürst Bülow auch zu den Vorgängen der letzten Tage äußern würde. Das geschah zwar nicht im Zusammenhang, aber die Rede des Kanzlers war trotzdem mit allerlei Andeutungen gespickt. Vor allem machte es Aufsehen, als der Reichsfanzler in Anspielung auf die Erklärung im „Reichsanzeiger“ von der Notwendigkeit der Stetigkeit in der auswärtigen und inneren Politik sprach. Ebenso äußerte sich Fürst Bülow sehr eingehend über die Gegnerstimmung gegen das Reich, die er im letzten Ende auf elementare Ursachen zurückführte, aber nicht für unüberwindlich erklärte. Seine Bemerkung, daß er keine neue Kriegsgefahr sehe, dürfte dazu mitwirken, die internationale Lage aufzuklären. So war die Rede des Fürsten Bülow nach verschiedenen Richtungen beachtet, ohne freilich die Schwierigkeiten, die in der Reichsfinanzreform liegen, beseitigen zu können.

## Deutsches Reich.

### Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser hat den Besuch der Stadt Hannover und die Jagd im Saupark Springe aufgegeben.

Wie aus Donaueschingen gemeldet wird, soll der Fürst von Fürstenberg dem Kaiser während seines Besuches, der sich über die ganze kritische Zeit erstreckte, alle Zeitungen, die ihm zugegangen sind, vorgelegt haben. Es dürfte somit keine Rede davon sein, daß der Kaiser nicht genügend unterrichtet gewesen sei.

Aus Leipzig, 20. November, wird uns gemeldet: Der König von Dänemark ist heute morgen nach Dessau abgereist, von wo er morgen abend hierher zurückkehrt.

Aus München meldet man: Der Kronprinz von Rumänien traf heute früh von Wien kommend hier ein, um dem Prinzregenten im Auftrage seines Vaters den von letzterem gestifteten neuen Säurorden zu überreichen.

Mittels des Gesandten v. Aderens-Wächter nach Bulgaref.

Wie die Berliner Korrespondenz zuverlässig hört, kehrt Herr v. Aderens-Wächter, der den Staatssekretär v. Söden während seines Krankeitsurlaubes vertritt, Ende dieses Monats wieder auf seinen Posten nach Bulgaref zurück. Das Befinden des Staatssekretärs v. Söden, der sich in den ersten Tagen dieses Monats auf Urlaub befindet, hat sich in der Zwischenzeit etwas gebessert, daß mit seiner Rückkehr nach Berlin schon im Laufe der nächsten Woche gerechnet werden kann.

### Fürst Bülow über die Ergebnisse seiner Audienz.

Unser Berliner Mitarbeiter hört an unterrichteter Stelle, daß das Kaiserinterview den Reichstag in kurzer Zeit noch einmal beschäftigen wird. Bei der ersten Lesung des Etats dürften sich wohl die meisten Redner auch mit der inneren, auch mit der äußeren Politik des Reiches befassen und die Vorgänge der letzten Tage in den Kreis ihrer Erörterungen ziehen. Dadurch wird dem Reichsfanzler Gelegenheit geboten werden, auf die gegen das persönliche Regiment gerichteten Angriffe noch einmal zurückzukommen. Man darf wohl annehmen, daß sich der Reichsfanzler über seine denkwürdige Audienz beim Kaiser etwas eingehender aussprechen wird, als dies im „Reichsanzeiger“ geschehen ist. Wie wir ferner an unterrichteter Stelle hören, leidet Fürst Bülow infolge der durch die Ereignisse der letzten Wochen hervorgerufenen Aufregungen an einer nervösen Depression, die sich in Schlaf- und Appetitlosigkeit äußert. In der Umgebung des Fürsten neigt man zu der Ansicht, daß der Reichsfanzler im Monat Dezember vom Kaiser einen Kururlaub erbitten wird, um seine angegriffene Gesundheit wieder herzustellen.

### Die Unterdrückung des Kaiserinterviews

im „Century Magazine“ sollte, nach Mitteilung einiger Blätter, erfolgt sein, nachdem dem Beteiligten vom Auswärtigen Amt in Berlin oder sonstwoher eine Abstandssumme gemacht worden sei. Dem gegenüber bestreiten sowohl das „Century Magazine“ wie der Interviewer Hale,

daß die Unterdrückung des Interviews irgendwie beabsichtigt sei.

### Bülow und Haeffler.

Zwischen dem Fürsten Bülow und dem Grafen Haeffler, dem eben verstorbenen Chef des Militärkabinetts, haben, wie der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ mitteilt, freundschaftliche Beziehungen bestanden. Beide seien lang genug gewesen, diese Freundschaft zu verbergen. Inwiefern Haeffler es beabsichtigt gewesen, die den Grafen Haeffler gesehen haben, als er in abendlicher Stunde das Reichspalais betrat, und zwar durch die kleine Gartenpforte in der Königgrätzerstraße, zu der er offenbar einen eigenen Schlüssel besaß.

### Das Vertrauensvotum für den Kanzler.

Wie die „Weser-Ztg.“ im Rückblick auf die Krise von zuverlässiger Seite erzählt, ist das Vertrauensvotum dem preussischen Staatsministerium für den Reichsfanzler mit in das übliche Protokoll der Ministerialtagung aufgenommen worden.

### Die Reichsschuld.

Eine Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze, die bis Ende September 1907 reicht, ist dem Reichstag zu gelangen. Danach betrug zu der angegebenen Zeit die Summe der Anleihebeträge rund 4182 Millionen Mark, wovon 4035 Millionen bis zum 1. Okt. 1908 realisiert waren, so daß noch verfügbar blieben und 147 Millionen. Dieser Kredit ist insofern in Höhe von 75 Millionen durch die gegebenen unverzinslichen Schatzanweisungen in Anspruch genommen. Das gesamte Schuldkapital betrug am 1. Oktober 1908 4328 500 000 Mark, und zwar an 4proz. Schuldverschreibungen 250 Mill., an 3proz. Schuldverschreibungen 1860 Millionen, an 3proz. Schuldverschreibungen 1783 500 000 Mark, an 3proz. Schatzanweisungen 240 Mill., an unverzinslichen Schatzanweisungen 75 Mill. Der Zinsfuß, zu dem die Reichsschuld den anizunommenen Erbs zu verzinsen hat, belief sich für die 4proz. Reichsschuld auf 4,0667 Proz., für die 3proz. auf 3,4784 Proz., für die 3proz. Reichsschuld auf 3,4083 Proz. Die tatsächliche Verzinsung des gesamten bis zum 1. Oktober 1908 realisierten Anleihebetrages stellt sich im Durchschnitt auf 3,5415 Proz.

### Ein Reichsbergarbeitergesetz.

Wie die „Saale-Ztg.“ an zukünftiger Stelle hört, wird sich Staatsminister v. Bethmann-Hollweg anlässlich der Debatte über die Interpellation wegen des Grubenunglücks auf der Zeche Radob auch über die verlangte reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiter-Lohngehalte äußern. Die Regierung ist entgegen einer kürzlich verbreiteten Mitteilung — der Uebernahme des Bergarbeiterlohnes durch das Reich absolut nicht abgeneigt. Die Regierung verspricht sich vielmehr durch eine einheitliche Regelung der für den Bergbau im Deutschen Reich geltenden landesgesetzlichen Vorschriften nach verschiedenen Richtungen hin Vorteile; insbesondere dürfte eine solche Maßnahme in Arbeiterkreisen sehr begrüßt werden. Die Schwierigkeit der Frage liegt gegenwärtig auf staatsrechtlichem Gebiete. Es herrscht Meinungsverschiedenheit darüber, ob das Reich ohne weiteres ein Bergarbeitergesetz erlassen kann, weil hierdurch die Zuständigkeit des Reiches durch einen gesetzgeberischen Akt festgestellt werden würde, oder aber, ob vorher eine Aenderung der Verfassungsurkunde stattfinden muß. Ueber diese Frage schweben gegenwärtig Erwägungen zwischen dem Reichsamt des Innern und dem preussischen Handelsministerium. Bis zur Verhandlung über die Interpellation, die Ende nächster Woche im Reichstage stattfinden wird, dürfte eine Einigung im Bundesrat bereits erzielt worden sein.

### Hurra!

Zwei neue kaiserliche Verordnungen im Ressort der Marine werden in der Presse vielfach besprochen. Danach habe der Kaiser einmal bestimmt, daß ein neuer Kreuzerwimpel der Kaiserin unter die besonderen Flaggen und Abzeichen der Flotte aufgenommen werden soll. Ferner befehle ein kaiserlicher Befehl vom 10. Oktober: „Seine Majestät der Kaiser haben beschließen, daß das Hurra! zu den in unsern Dienst eingesetzten Schiffen abzulauten ist, und daß es erfolgt haben.“ Zur Ausführung dieser Bestimmungen gibt das Kommando der hochseefähigen genauen Anweisung und schreibt vor, daß bei der bevorstehenden Kreuzerparade auf dieser Verfügung zu verfahren sei. Obwohl diese Maßnahme bereits seit mehreren Tagen durch die Blätter gegangen ist, hat man sie bisher nicht bemerkt. Wir denken, unsere Leser erippen uns jede Kritik.

### General von Löwenfeld.

Wir hatten kürzlich unter Auslassung der schweren Vorwürfe mitgeteilt, was an harmloseren Einzelheiten ein „Eingeweihter“ in der „B. Z. A. Mittag“ über den General von Löwenfeld zu erzählen wußte. Jetzt bringt nun das genannte Blatt folgende Berichtigung: „In Nr. 270 vom 16. d. M. wurde mitgeteilt, daß General von Löwenfeld, „der zum Freundesbesuche des Fürsten Eulenburg und des Grafen Wolff gehörte, bei einem Besuch in Liebenberg dem Kaiser englische Prestimilien überreichte, die den Fall Sulzer in übertriebener Weise behandelten, und daß“ hervorgehoben, daß Prinz Joachim Albrecht in Angnade fiel.“ Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, entsprechen diese Mitteilungen nicht den Tatsachen. General von Löwenfeld ist nie in Liebenberg gewesen, hat nie dem Kaiser Prestimilien vorgelegt, die sich auf den Fall Sulzer bezogen, und hat keinerlei Einfluß auf die Behandlung des Prinzen Joachim Albrecht oder seines Bruders, des Prinzen Friedrich Feinold, genommen. Wir bebauern lebhaft, daß Herr General von Löwenfeld sich durch unsere Mitteilungen beleidigt fühlte, was selbstverständlich nicht in unserer Absicht lag.“

### Gegen die Anzeigensteuer.

Der Vorstand des „Vereins deutscher Redakteure“ hat beschlossen, eine Petition gegen die geplante Anzeigensteuer an den Reichstag zu richten mit der Begründung, daß diese

Anzeigensteuer für den Stand der Redakteure in materieller wie in sittlicher Beziehung die größten Gefahren in sich schließt.

### Parlamentarisches.

Die Lehrerbildungskommission des Abgeordnetenhauses verhandelte am Donnerstag über § 2a, der von Ortsschulagen für die Lehrer handelt. Nach diesem Paragraphen sollen die Schullehrer mit 25 000 oder mehr Einwohnern in die Volksschulbehörden von 200 Mark für die Lehrer und 100 Mark für die Lehrerinnen, Schulverbände mit mehr als 25 000 bis 50 000 Einwohnern von 400 Mark für die Lehrer und 200 Mark für Lehrerinnen, und Schulverbände mit mehr als 100 000 Einwohnern von 750 Mark für die Lehrer und 300 Mark für Lehrerinnen gebildet werden. Die Nationalliberalen, Freirechtigen und das Zentrum beantragen, daß diese Beschlüsse mit 25 000 und mehr Einwohnern fallen gelassen werden, weil auch in kleineren Orten Lehrer-Verhältnisse vorhanden sind, weil auch dem beantragten die Freirechtigen, daß diese Zulagen, die die Lehrerzulagen nennen wollen, nicht pensionsberechtigt sein sollen. Die Nationalliberalen beantragen außerdem, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 1000 Mark für Lehrer und 500 Mark für Lehrerinnen. Die Vertreter des Kultusministeriums und der Finanzminister erklärten sich gegen alle Anträge und betonten, daß deren Annahme die ganze Vorlage gefährden könne. Die Konventionen und die Freirechtigen beantragten, die Zulagen nur in zwei besonderen Fällen nichtpensionsfähige Zulagen zu gewähren, während alle übrigen Parteien und die Regierung für die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen eintraten. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, sie wurde auf Samstag, den 29. November, vertagt. Die Nationalliberalen beantragten, daß diese Zulagen ohne Unterschied der Größe des Ortes für Lehrer 900 Mark und für Lehrerinnen 600 Mark betragen sollen. Die Freirechtigen wünschen 10

bulgarischen Grenze sollen von der bulgarischen Regierung Lebensmittel und Futrage aufkauft werden.  
18. Nov. Die sonst im Frühjahr einrückenden bulgarischen Rekruten sind auf Verordnung des Kriegsministeriums für den 28. d. M. einberufen worden.  
Die Konsolidierung der österreichischen Wäsen zieht weitere Kreise. Die Macht des Islam geht sehr weit und zieht nach Indien erstreckt sich die Einflussphäre der türkischen Partien. Aus Bombay wird uns hierzu berichtet:  
Bombay, 20. Nov. Die als Gegenmaßregel für die Anwesenheit von Bengali und der Herzogin von der Türkei herzugeführte Boykottbewegung gegen Österreich-Ungarn zieht immer weitere Kreise. Nach einer Meldung des „Reuterischen Bureaus“ aus Lahore empfiehlt die indische mohammedanische Presse der islamitischen Welt, Sympathieübungen für die Türkei zu veranstalten und österreichisch-ungarische Waren zu boykottieren. Sie richtet zugleich an die mohammedanischen Importeure in Bombay und Kalkutta die Aufforderung, sich der Bewegung anzuschließen.

### Chinesenunruhen in Singapur.

Die durch den Thronwechsel in China hervorgerufene ernste Lage hat bereits zu Aufregungen geführt. Hierüber wird gemeldet:  
London, 19. Nov. Der Evening Standard erfährt aus Singapur: Der Tod der Kaiserin-Witwe gab dort die indirekte Veranlassung zu ersten Unruhen. In einem Markt hatten 30 000 Chinesen gegen die Thronfolge Wai-pi protestiert, da er ein Waise sei. Die Agitation dehnte sich auf Singapur aus. Viele Chinesen weigerten sich dort, die blaue Trauerfarbe anzulegen. Die eingemauerten lokalen Chinesen waren hierüber erbittert und besaßen in ihrer Wut Straßenbahnen und Schaufenster mit Esteinen. Die Ordnung wurde mit eiserner Wille wieder hergestellt. Bei der Verteilung des Böbels wurden mehrere Polizisten erschossen.

### Kleinere Tagesnachrichten.

- Japanische Flottenrevue. Wie aus Kobe gemeldet wird, besichtigte der Kaiser am Mittwoch die japanische Schlachtflotte in einer Stärke von 110 Kriegsschiffen ohne die Uferboote.
- Aus Konstantinopel meldet man: In den Bezirken von Erzindjan, Musik, Salun, Nan, Sivas, Malatia, Erzerum und Marash ist Hungersnot ausgebrochen.
- Der dreimal durchgefallene Bryan hat, wie aus San Antonio (Texas) gemeldet wird, dort erklärt, falls die Partei es wünscht, werde er im Jahre 1912 wieder für die Präsidentschaft kandidieren.
- Die Viehplage im Osten von Buffalo sind wegen des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in den Vereinigten Staaten geschlossen worden. — Das Landwirtschaftsministerium in Pennsylvania und Newyork die Quarantäne verhängt.

### Provinzial-Nachrichten.

- ? Bassenborn, 20. Nov. (Fischer Diebstahl). In der vorigen Nacht gegen 1 Uhr haben Diebe beim Bäckermeister Weber sämtliche Backwaren und Backwaren, die vom Schloßhof am vorigen Tage herkommen, gestohlen.
- ! Börsen, 19. Nov. (Ehrung). Durch Herrn Gewerberat Menzel aus Halle a. S. wurde dem in der Zuckerfabrik Börsen seit fast 50 Jahren beschäftigten ehemaligen Ziehmestler Fr. Köllner aus Schlettau das Allgemeine Ehrenzeichen überreicht. Der Dekorierter befindet sich noch im Besitze einer seltenen geistigen und körperlichen Frische und ist in der Fabrik noch tätig. Die Fabrik erlitten den Jubel durch Ausbändigung eines namhaften Geldgeschentes.
- ? Meuselwitz, 19. Nov. (Personalnachrichten). Der Regierungsrat Dittmer hier selbst ist zum Oberregierungsrat ernannt; ihm ist die Stelle als Dirigent der Kirchen- und Schulabteilung bei der königlichen Regierung in Breslau übertragen worden. — Dem Regierungsrat und Gehelmen Baurat Wehner hier selbst ist aus Anlaß der Ehrung der von ihm erbauten Kirche in Klein-Wittenberg die königliche Krone zum Orden Meritorischen dritten Klasse mit der Schleife verliehen worden.
- ! Weiskens, 19. Nov. (Benutzungen). Die städtischen Behörden beabsichtigen in ihrer Festigung 5000 Mark für das städtische Museum, 4000 Mark für die Arbeitslosen und 300 Mark für die Hinterbliebenen der verunglückten Bergarbeiter. Stadt-Präsident Hoffmann 1500 Mark für gemeinnützige Zwecke.
- ! Weiskens, 19. Nov. (Verhaftung eines jugendlichen Banditen). Hier erfolgte die Festnahme des 16 Jahre alten Laufburschen Rodemar Reichstein aus Curtisch, der am 16. d. M. in einer Wohnung in der Johannisgasse in Leipzig auf dem mit ihm befreundeten 18 Jahre alten Mediziner Walter Möbius, um ihn zu berauben, aus einem Terzerol einen Schuß abfeuerte, der den jungen Mann in die rechte Brustseite traf. Er hatte daraufhin die Flucht ergriffen. Nachdem wurde in einem Zimmer, durch das er gelaufen war, ein Paket mit scharfen Patronen vorgefunden, dessen er sich wahrscheinlich bei der Flucht entledigt hatte.
- ! Tamsch, 19. Nov. (Einbruchdiebstahl in das Bahnhofsgebäude). Vergangene Nacht ist in dem Bahnhofsgebäude eingebrochen worden. Die Diebe haben den Kassenkammern geprengt und daraus 1415 Mark bares Geld entwendet.
- ! Naumburg, 19. Nov. (Konflikt. — Bewilligung. — Markt). Zwischen der Stadtvorstandenerammlung und dem Magistrat ist ein Konflikt dadurch entstanden, daß der Magi-

- strat sich weigert, der Finanzkommission Aktienläufe vorzulegen, durch die diese Kommission prüfen will, ob es richtig ist, daß der Magistrat ohne Wissen der Verwaltung einen Prozeß geführt hat, in dem er zur Zahlung von 3000 Mark verpflichtet worden ist. — Für die Opfer des Bergverunglücks bei Hamm kommt die Stadtbehörde 300 Mk. — Die Stadtverordneten erklären sich damit einverstanden, daß unsere Jahrbücher alte Peter-Pauls-messe durch einen dreitägigen Festmarkt ersetzt wird.
- ! Großsch, 17. Nov. (Neuer Schacht). Im Grubenfeld der Braunkohlengesellschaft Wisthausen hat man das Vorkommen eines neuen Schachtes in Angriff genommen. Die Braunkohle ist in diesem Felde in zwei Flözen nachgewiesen, in einem oberen, das in 60 Meter Tiefe auftritt, mit rund 2 1/2 Meter Mächtigkeit, und in einem zweiten mit 17 bis 19 Meter Kohlenführung.
- ! Erfurt, 19. Nov. (Anleihe. — Schwere Unglücksfälle). Die Gemeinderetzung des Vororts Nörsehofen beschloß, eine Kommunalanleihe im Betrage von 550 000 Mark aufzunehmen. 100 000 Mark sollen bei der Landesversicherungsanstalt in Merseburg, 450 000 Mark bei der städtischen Sparkasse zu Erfurt untergebracht werden. — In einem Hause an der Fleischgasse gelangte ein dreijähriger Knabe zu einem geladenen Revolver, den ein junger Mann auf den Tisch gelegt hatte. Die Waffe entfiel ihm und die Kugel drang dem Kinde in den Kopf. Es wurde in hoffnungslosem Zustande ins städtische Krankenhaus gebracht.
- ! Erfurt, 20. Nov. (Einjugendlicher Verbrecher). Die Erfurter Strafkammer verhandelte in Sonderabgaben gegen den 16jährigen Mörderlehrling Schennocht aus Greußen und verurteilte ihn wegen Brandstiftung in 13 Jahren, Kirchendiebstahl und anderer Vergehen zu 8 Jahren Gefängnis. Durch die Brandstiftungen war ein Schaden von 160 000 Mark angerichtet worden.
- ! Wehen, 19. Nov. (Was Damen verlieren). Einen eigentümlichen Sport hat ein hiesiger Herr ausgeübt: Sechs Wochen lang hat er auf seinen Spazierwegen die von Damen verlorenen Haarnadeln gesammelt. Innerhalb dieser Zeit hat er davon 12 Schöb, d. i. 720 Stück gefunden, was wesentlich viel Erfolg ausmacht. Die gefundenen Nadeln haben ein Gewicht von etwa zwei Pfund.
- ! Magdeburg, 20. Nov. (Die Stadtverordneten). Die größere Bewilligungen für Postanstalten enthielten, erludien den Magistrat um Vorlegung eines Ortsstatuts, durch das ihre Mitwirkung bei Annahme von städtischen Angelegenheiten gegen Dienstvertrag geregelt wird, und bewilligen für die Hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks bei Hamm 3000 Mark.
- ! Heiligenstadt, 20. Nov. (Eine Grenzverchiebung). Zwischen den Provinzen Sachsen und Hannover fand dieser Tage die behördliche Genehmigung. Es war damit zugleich eine Verschiebung der Grenzen zweier Gemeinden, zweier Kreise und zweier Regierungsbezirke verbunden. In dem Vertopplungsprotokoll zu Weiskens (Kreis Göttingen) war nämlich eine Neuregelung der Gemeindegrenzen zwischen dem genannten, der Provinz Hannover angehörenden Ort und dem Dorfe-Grafshausen (Kreis Heiligenstadt, Provinz Sachsen) erforderlich.
- ! Nordhausen, 20. Nov. (Ein jugendliches Verbrechen). Ein jugendlicher Mann beging gestern Amtsgerichtsrat Verde, ein langjähriger freimüthiger Abgeordneter. (Trotz aller Widerwilligkeiten hat Verde immer treu zu demokratischen Grundsätzen gehalten. Er ist seit längeren Jahren Ehrenvorsitzender der Volkspartei des Kreises Nordhausen. Er wurde anlässlich der Jubelfeier zum Geh. Justizrat ernannt.)
- ! Halberstadt, 20. Nov. (Feuer. — Vor Schreck gestorben). Gestern mittag brach im Stallgebäude des Landwirts Heinrich Appun zu Schauen Feuer aus, das schnell das ganze Gebäude ergriff. Sehr tüber gutes Heu und viele andere wertvolle Futtervorräte sind ein Raub der Flammen geworden. Auch mehrere Meter Brennholz, die in einem Verlage neben dem Stall aufgeschichtet waren, gingen verloren. Da die Nachbarn hilfsbereit herzuwielten, gelang es, wenigstens das Vieh zu retten. Leider waren die meisten Mannschaften der Schauerer Feuerwehr zur Kontrollverammlung nach Pferdewald, wodurch sich das Eintreffen der Wehr etwas verzögerte. Der Gehilfe des nahen Wohnhauses des Gehiltes Wilhelm Gehlbart war bereits schwer gefährdet, als er die sichere Arbeit der Dierwieser Wehr gelang, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Von dem Stalle war freilich nichts zu retten. Die auch anwesenden Wehren aus Berfel, Müttgenrode und Wasserleben traten nicht in Tätigkeit. Ueber die Ursache des Unglücks ist nichts bekannt. — Die im 69. Lebensjahr lebende, im Schauerer Armenhause wohnende Luise Stopp erlitt, der Halberstädter Wg. Jtg. zufolge, am selben Tage einen Schlaganfall, wie man sagt, aus Schreck über den Feuerlärm, an dessen Folgen sie gestorben ist.
- ! Salze, 19. Nov. (Straßenbahn). Da der Bau einer elektrischen Straßenbahn Magdeburg-Fermersleben-Salze-Weiskens durch die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin kaum erfolgen wird, weil die Gesellschaft und der Magistrat zu Magdeburg sich nicht einigen können, so will die Eisenbahngesellschaft Bader & Co. in Berlin versuchen, mit den beteiligten Gemeinden einen Vertrag zu schließen, wenn die Bahn auch vorläufig erst an der Magdeburg-Budau-Fermersleber Grenze beginnen könnte.
- ! Marienberg, 19. Nov. (Unglücksfall). Der Arbeiter Zoder ist auf dem hiesigen Gute von einem Fenbuden getroffen, wobei er einen Schädelbruch erlitt; diesen schweren Verletzungen ist er bald darauf erlegen.
- ! Mütenberg, 19. Nov. (Folgeschweres Verbrechen). In Kriebitzsch trat eine Frau irrtümlicherweise Salzsäure und ward bald darauf.
- ! Dessau, 19. Nov. (Eine Rattenvertilgung). auf städtische Kosten soll demnächst wieder vorgenommen

- werden. Der Magistrat gibt darüber im amtlichen Teile des heutigen „Staats-Anzeigers“ näheres bekannt.
- ! Dessau, 20. Nov. (Ein Opfer des Eisports). Die Schullenen Richard Marx und Wlly Gebhardt verzögten sich auf der Mude beim Schlittschuhlaufen. Wlly brach das Eis, und beide Knaben führten ins Wasser. Während Marx von einem Schwimmer und einem Dreher unter Zuhilfenahme einer Leiter aus dem Wasser gezogen werden konnte, ertrank Gebhardt, ohne daß man ihm helfen konnte.
- ! Weimar, 19. Nov. (Professor Degner †). Heute durchlief unsere Stadt die Trauerkunde von dem Ableben des Direktors der Großherzoglichen Musikschule, Prof. Degner, gestern abend hat ihn der Tod ereilt. Erich Wolf Degner ist 1858 zu Hohenheim-Ernstthal geboren. Er wirkte als Lehrer an der Musikschule Weiskens und Göttingen. 1885 wurde er Direktor der Musikschule des Wllyvereins zu Wettau (Steiermark), und von hier wurde er 1888 zum erstenmal in eine Lehrtaetigkeit nach Weimar berufen als Lehrer an unserer Musikschule. 1891 ging er wieder nach Steiermark, und zwar als Direktor der Musikschule des Eisenmärktischen Wllyvereins zu Graz, 1902 erhielt er dann den ehrenvollen Ruf als Direktor unserer Großherzoglichen Musikschule. Er wirkte gleichzeitig als Lehrer für Kirchengesang am Seminar und als Musikdirektor der Singschulen.
- ! Neustadt bei Coburg, 19. Nov. (Lebensgebrannte). In dem Wohnhaus des Brauereibesizers Knorr an der Coburgerstraße hier ereignete sich in vergangener Nacht ein großes Unglück. Im Dienst der Brauerei stand der aus Weiskensberg, Kreis Sonneberg, gebürtige Arbeiter Karl Zimmer. Gegen Mitternacht bemerkte die Nachbarn in dessen Schlafkammer im Dachgeschoß Feuer. Sie schlugen Alarm, und bald darauf sprang der Küchler mit brennenden Kleidern zum Fenster heraus auf den Hofraum, wo er tot liegen blieb. Es wird angenommen, daß der Ankläger, der zuvor in einer hiesigen Galtwirtschaft einige Glas Bier trank, beim Schlafengehen das Licht brennen ließ, das das Bett in Brand steckte und sich nicht anders zu retten wußte als durch diesen Todesprung. Der Verunglückte ward allezeit als ein solcher Mensch gefehrt.
- ! Coburg, 19. Nov. (Im Dienst getötet). Auf dem hiesigen Personenbahnhofe wurde heute früh 7 Uhr ein verheirateter Heizer von einer Lokomotive überfahren und sofort getötet.
- ! Leipzig, 19. Nov. (Der Schwindler der Johannisgasse). Verhaftet wurde in Weiskensfeld 16 Jahre alte Laufbursche Alfred Rodemar Reichstein aus Leipzig-Curtisch, der am 16. November in einer Wohnung in der Johannisgasse auf seinen Freund, den 15jährigen Mediziner Walter Möbius, einen Schuß aus einem Terzerol abgefeuert hatte. Möbius war durch den Schuß an der Brust nicht unerheblich verletzt worden. Reichstein hatte nach vollbrachter That die Flucht ergriffen. Sie hatte ihn, wie man fleht, nicht weit gebracht. Der Bürliche hatte sich der Weiskensfelder Behörde gegenüber zunächst mit einem falschen Namen genannt, aber zugegeben, daß er Reichstein heiße und in Leipzig auf seinen Freund geschossen habe. Auf telephonische Meldung der Polizeibehörde an die hiesige Kriminalpolizei führte ein Kriminalbeamter nach Weiskensfeld, um den flüchtigen Verbrecher abzuholen und zunächst dem Kollisionsamt zu zuführen, von wo aus er dann der königlichen Staatsanwaltschaft zugeführt werden wird. Reichstein hat übrigens nach Verübung der Tat auf der Flucht durch einen anliegenden Raum ein ganzes Paket scharfer Patronen von sich geworfen, die erst nachträglich noch gefunden worden sind.
- ! Dresden, 20. Nov. (Das Stadtverordnetenkollegium) bewilligte auf Antrag des Rats 5000 Mk. für die Hinterbliebenen der auf Zedde Adob bei Hamm verunglückten Bergleute.

Leitung: Wilhelm Georg.  
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg;  
für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Paul Schauburg; f. d. Feuilleton u. Vermischtes: Paul Schauburg; für den Handelsteil: J. A. Erwin Alexander-Rag; für den Inseratenteil: Friedrich Endraut; Druck und Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

Eine neue Methode zur Desinfektion der Mund- und Nasenhöhle. In der rauhen Jahreszeit ist die Gefahr der Erkältungen stark vermehrt und ist man leichter den lästigen, quälenden Hals- und Rachenkatarrhen ausgesetzt. Als Schutz gegen Ansteckung erweisen sich hier die von der Firma Bauer & Cie., Berlin SW. 48, in den Handel gebrachten angenehm schmeckenden Formamin-Tabletten, die beim Zergehen im Munde den Speichel antiseptisch machen und so neuen Erbsen der meist unzulänglichen Gurgelmässen bei allen Erkältungen der Mund- und Nasenhöhle bieten. Wir verweisen ausdrücklich auf den der heutigen Nummer beiliegenden Prospekt.

In rauche gern meine Pfeife Tabak  
— und Stammtisch muß eine Pfeife nach der andern dran glauben. Wenn ich nur nicht anderen Tag so verzeihen könnte! Es dauert allemal Stunden, ehe ich wieder normal bin; und dann die überflüssige Glanz im Magen! — In nun, wenn Sie das Rauchen nicht lassen wollen, dann gewinnen Sie sich daran, beim Schlagen und beim Auffüllen ein paar Fingers achte Gometer Mineral-Tabletten zu nehmen und Sie sollen sehen. Sie werden alle diese Schwermereis sein. Die Schwacht, toter S. Hemnt und in sämtlichen Apotheken, Drogerien und Mineralwasserhandlungen zu haben. Nachahmungen aber welche man ganz entschieden zurück.

# Berliner Damen-Confections-Haus

Leipzigerstr. 11. HALLE a.S. Leipzigerstr. 11.

Bitte, beachten Sie unsere Schaufenster. Unsere Weihnachtspreise sind ohne Konkurrenz.



